

NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: SOA/03/2016
Gremium: Sozialausschuss
Tag: Dienstag, 03.05.2016
Ort: Sitzungsraum A.201, Rathaus an der Volme
Beginn: 16:10 Uhr
Hinweis:

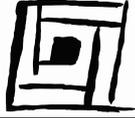
A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. . Feststellung der Tagesordnung
2. . Mitteilungen
3. . Tagesordnungspunkte der Verwaltung
4. . "Projekt Kooperative Suchthilfeplanung" - Abschlussbericht der Fachstelle Sucht des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe
- 4.1. . Einrichtung einer gemeinsamen Lenkungsgruppe Sucht
Vorlage: 0403/2016
5. . Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
hier: Beendigung der Unterbringung von Flüchtlingen in der Sporthalle Berg-
hofstraße
Vorlage: 0428/2016
6. . Freiheitsentziehende Maßnahmen und der Werdenfelser Weg
-Mündlicher Bericht der Verwaltung-
7. . Bericht aus dem Beirat für Menschen mit Behinderungen
8. . Bericht aus dem Integrationsrat
9. . Bericht aus dem Seniorenbeirat
- 9.1. . UNESCO Städtekoalition gegen Rassismus
Vorlage: 0251/2016



10. . Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung



B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:10 Uhr

1. . Feststellung der Tagesordnung

Frau Timm-Bergs eröffnet die Sitzung um 16.10 Uhr. Sie teilt mit, dass vorgesehen sei, die Tagesordnung zu ändern, da mit Rücksicht auf den Referenten TOP 9 vorgezogen werden solle. Da TOP 9.1 in sachlichem Zusammenhang mit TOP 9 stehe, solle er danach behandelt werden.

Sie stellt das Einvernehmen des Ausschusses hierzu fest.

2. . Mitteilungen

Herr Goldbach teilt mit, dass die Förderanträge Städtebau für Flüchtlinge erfolgreich gewesen seien. Die Vorlage 0300/2016 – Aufbau eines datenbasierten kommunalen Bildungsmanagements sei in der Beratungsfolge für den Jugendhilfeausschuss und den Schulausschuss vorgesehen. Es werde jedoch auch Bezug genommen auf die Sozialplanung, so dass auch eine Information des Sozialausschusses denkbar wäre. Er fragt nach, ob eine Aufnahme in die Tagesordnung gewünscht sei oder eine Anlage zur Niederschrift ausreiche.

Frau Timm-Bergs stellt fest, dass dem Ausschuss eine Anlage zur Niederschrift reiche.

Frau Kaufmann weist auf das Internationale Kulturfestival „Schwarzweissbunt“ hin.



3. . Tagesordnungspunkte der Verwaltung

keine

4. . "Projekt Kooperative Suchthilfeplanung" - Abschlussbericht der Fachstelle Sucht des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe

Herr Schulte-Derne stellt den Abschlussbericht der Fachstelle Sucht des LWL vor. Frau Buchholz verweist in diesem Zusammenhang auf das Angebot der AWO mit Schwerpunkt Essstörungen.

Beschluss:

**4.1. . Einrichtung einer gemeinsamen Lenkungsgruppe Sucht
Vorlage: 0403/2016**

Herr Goldbach verweist auf die Vorlage und meint, dass der Empfehlung gefolgt werden solle.

Frau Timm-Bergs stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

Auf der Basis der abschließenden Empfehlungen stimmt der Sozialausschuss der Einrichtung einer gemeinsamen Lenkungsgruppe zu.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
OB			



SPD	4		
CDU	4		
Bündnis 90/ Die Grünen	2		
Hagen Aktiv	1		
Die Linke	1		
AfD	1		
FDP	1		
BfHo/Piraten Hagen	1		
Pro Deutschland			
fraktionslos			

<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmengleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: 15
 Dagegen: 0
 Enthaltungen: 0

5. . Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
hier: Beendigung der Unterbringung von Flüchtlingen in der Sporthalle Berg-
hofstraße
Vorlage: 0428/2016

Frau Sauerwein erläutert den Antrag und fragt nach, ob die Bedingungen verbessert würden, wenn die Turnhalle für Notfälle erhalten bliebe. Mit dem Datum 20.05.2016 zur

Frau Kaufmann teilt mit, dass bereits eine Reihe von Flüchtlingen ausgezogen sei. Aktives Auszugsmanagement sei installiert. Insgesamt habe sich die Verteilung in der Stadt entspannt. Probleme gebe es jedoch mit der Beschulung der Kinder.

Herr Göbels erklärt, es gebe derzeit 143 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Hagen, die alle nach Jugendhilfstandard in Wohngruppen untergebracht seien. Die Beschulung sei das größte Problem. Von den 143 Minderjährigen gingen derzeit ca. 75 zur Schule.

Herr Hentschel verweist auf den vorliegenden Antrag und die Mitteilung, dass die Turnhalle Berghofstraße zum 20.05.2016 geschlossen werden solle. Hin-



sichtlich der weiteren Vorhaltung der Halle meint er, gebe es bessere Alternativen, z. B. im Trappenweg. Er möchte wissen, ob in den Unterkünften auch Personen untergebracht würden, die noch nicht im Asylverfahren seien.

Herr Gierke teilt mit, dass die Turnhalle Berghofstraße vorgehalten werden müsse, um freie Kapazitäten zu haben, falls eine größere Anzahl von Flüchtlingen zugewiesen werde. Er bestätigt, dass es Flüchtlinge gebe, die noch nicht im Asylverfahren seien. Das Angebot werde aber immer gemacht, aber zum Teil nicht angenommen. Die Finanzierung durch das Land sei trotzdem gesichert. Zum Trappenweg führt er aus, dass die Stadt hier einen Baukostenzuschuss und Miete aufbringen müsse und der Bedarf derzeit noch nicht bekannt sei.

Frau Fischbach stört sich an dem Begriff „Insassen“ im vorliegenden Antrag und findet im Übrigen die Angabe, dass ca. 80 Kinder nicht zur Schule gehen befremdlich. Sie meint, dass man hier mehr ehrenamtliche Helfer einsetzen müsse. Zum Thema Trappenweg erklärt sie, dass die Regenbogenschule nicht ausgelastet sei, so dass eine Anmietung anderer Unterkünfte hinausgeschoben werden könne.

Frau Kaufmann teilt mit, dass die Regenbogenschule in ähnlicher Weise umgebaut werden solle, wie die Grundschule Kückelhausen. Herr Gierke fügt hinzu, dass die Regenbogenschule keine Landesunterkunft mehr sei und derzeit leer stehe.

Frau Buchholz meint, dass bei den sich stets ändernden Prognosen verschiedene Gebäude vorgehalten werden sollten.

An der weiteren Diskussion über die Unterbringung von Flüchtlingen, die Finanzierung, mögliche Hilfen durch ehrenamtliche Helfer und über die Anerkennung oder Abschiebung von Flüchtlingen beteiligen sich Herr Hentschel, Herr Goldbach, Herr Goebels, Frau Sauerwein und Frau Kaufmann.

Frau Buchholz verweist auf ein Flugblatt, das sie bei der Kundgebung zum 01.05.2016 erhalten habe. Es stamme von einer Initiative gegen Flüchtlinge. Der Inhalt sei als fremdenfeindlich einzustufen. Sie meint, hier müsse ein Zeichen gesetzt werden.

Frau Kaufmann erklärt, sie kenne die politischen Hintergründe nicht und es stelle sich die Frage, ob und was zu tun sei.

Frau Timm-Bergs bietet an, sobald ihr das Flugblatt zur Verfügung stehe und wenn sie den Autor kenne, ein Gespräch zu führen.

Zum vorliegenden Antrag zurückkommend fragt sie Frau Sauerwein, ob ihre Fraktion den Antrag für erledigt erklären könne.

Frau Sauerwein führt aus, dass der Begriff „Insassen“ der Eile des Antrags geschuldet sei und teilt mit, dass der Antrag als erledigt betrachtet werden könne, wenn es beim Auszug zum 20.05.2016 bleibe.



**6. . Freiheitsentziehende Maßnahmen und der Werdenfelser Weg
-Mündlicher Bericht der Verwaltung-**

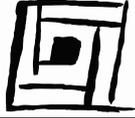
Herr Goldbach verweist auf die als Tischvorlage ausgelegten Unterlagen und erläutert, dass jeweils einmal im Jahr weiter über die Entwicklung berichtet werde, so dass in der Folgezeit ein Reihenvergleich möglich sei. Frau Timm-Bergs stellt fest, dass der Ausschuss den Bericht zur Kenntnis genommen habe.

7. . Bericht aus dem Beirat für Menschen mit Behinderungen

Herr Wirth berichtet von der letzten Sitzung des Beirates für Menschen mit Behinderungen am 02.03.2016. Schwerpunkt sei u. a. das Thema unterstützende Kommunikation gewesen. Weiter sei über die Barrierefreiheit in städtischen Gebäuden, über die Mitgliedschaft von Menschen mit Behinderungen in verschiedenen Gremien und über Fahrdienste diskutiert worden. Herr Wirth teilt weiter mit, dass es in Hagen eine Müllsammlung gegeben habe, an der Menschen mit Behinderungen und auch Menschen mit Migrationshintergrund teilgenommen hätten. Es sei eine gute Sache, die wiederholt werden würde. Er berichtet, dass am 05.05.2016, dem europäischen Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen, unter dem Motto gemeinsam für ein barrierefreies Hagen es in der Fußgängerzone einen stand geben werde. Er verweist noch auf die Veranstaltungsreihe intensiv/expressiv.

8. . Bericht aus dem Integrationsrat

kein Bericht



9. . Bericht aus dem Seniorenbeirat

Herr Homm berichtet über die Sitzung des Seniorenbeirats vom 08.03.2016. Er teilt mit, dass die Haushaltsberatung stattgefunden habe, die Zuschusskürzungen seien abgelehnt worden. Weiter habe es einen Bericht der Verwaltung zum Wohngeld gegeben, das Bahnhofsquartier, Altenhagen, Wohnen auf Emst und soziale Stadt Wehringhausen seien Thema gewesen. Er berichtet noch über verschiedene Arbeitsgruppen, z. B. zum öffentlichen Personennahverkehr. Zur Frage von Herrn Homm, welche Auswirkungen die Wohngeldnovelle auf SGB II-Bezieher habe, wird nach kurzer Diskussion festgestellt, dies in der nächsten Sitzung zu besprechen.

9.1. . UNESCO Städtekoalition gegen Rassismus Vorlage: 0251/2016

Frau Kaufmann berichtet zunächst, dass die Stadt Hagen der Städtekoalition noch nicht beigetreten sei. Sie teilt mit, dass neben dem Mitgliedsbeitrag weitere Kosten in den Blick zu nehmen seien, insgesamt 4.500,- EUR, für die die Stadt Hagen kein Geld habe.

An der folgenden Diskussion beteiligen sich Herr Hentschel, Frau Sauerwein, Frau Kaufmann und Frau Timm-Bergs.

Frau Fischbach erklärt, es sollte ein Beschluss dahingehend gefasst werden, dass der Ausschuss die Städtekoalition begrüße und wünsche, dass die Finanzierung gesichert werden könne.

Herr Goldbach führt noch aus, dass Reisekosten oder Kosten für die Anmietung eines Raumes für Veranstaltungen kalkuliert seien, jedoch nicht die Personalkosten. Er meint, dass möglicherweise Ehrenamtliche, z. B. aus der Mitte des Rates, diese Aufgabe übernehmen könnten.

Frau Engelhardt erklärt, dass der Antrag mitgetragen werde.

Frau Niemann weist darauf hin, dass die Kompensation der Kosten nicht vom Sozialausschuss erbracht werden könne, so dass ein Beschluss darüber, dass die Finanzierung wünschenswert sei, nicht gefasst werden könne.



Frau Timm-Bergs meint, dann müsse die Frage an die Verwaltung gerichtet werden, ob über Sponsoring etc. eine Finanzierungsmöglichkeit gesehen werde.

Herr Hentschel verweist auf den Antrag von Frau Fischbach und bittet um Abstimmung.

Herr Ludwig schlägt vor, dass die Verwaltung beauftragt werde, nach allen alternativen Finanzierungsmöglichkeiten zu schauen.

Frau Timm-Bergs stellt folgenden Beschluss zur Abstimmung:

Der Sozialausschuss begrüßt die Initiative und beauftragt die Verwaltung eine alternative Finanzierungsmöglichkeit zu finden.

Beschluss:

Der Sozialausschuss begrüßt die Initiative und beauftragt die Verwaltung eine alternative Finanzierungsmöglichkeit zu finden.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
OB			
SPD	2		2
CDU	4		1
Bündnis 90/ Die Grünen	2		
Hagen Aktiv	1		
Die Linke	1		
AfD	1		
FDP	1		
BfHo/Piraten Hagen			1
Pro Deutschland			
fraktionslos			

- Einstimmig beschlossen
- Mit Mehrheit beschlossen
- Einstimmig abgelehnt
- Mit Mehrheit abgelehnt
- Abgelehnt bei Stimmengleichheit
- Ohne Beschlussfassung
- Zur Kenntnis genommen

Dafür: 12



Dagegen:	<u>0</u>
Enthaltungen:	<u>4</u>

10. . Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung

Frau Sauerwein bittet um Auskunft, ob das Zitat von Frau Küper auf S. 8 des letzten Protokolls so in der Sitzung geäußert oder später hinzugefügt worden sei. Weiter bittet sie um Mitteilung, ob der Krankenversicherungsbeitrag bei EU-Zuwanderern monatlich im Nachhinein gezahlt werde und sie keine Versicherungskarte hätten.

Herr Goldbach teilt mit, dass es in manchen Fällen kürzere Bewilligungszeiträume gebe. Die Frage müsse in der nächsten Sitzung durch das Jobcenter beantwortet oder die Antwort dem Protokoll beigefügt werden. Die Frage zur Äußerung von Frau Küper müsse geprüft werden.

Ende des öffentlichen Teiles: 17.45 Uhr



C. ANWESENDE

Name	Bemerkungen
Frau Birgit Buchholz - SPD	
Herr Aydogan Gül - Einzelbewerber - Frieden	
Herr Rüdiger Ludwig - B90/GRÜNE	
Herr Wolfgang Wegener - DGB	
Herr Meinhard Wirth - Caritasverband Hagen e. V.	
Frau Marianne Cramer - CDU	
Frau Anja Engelhardt - SPD	
Frau Rita Huvers - SPD	
Herr Jörg Meier - SPD	
Herr Günter Stricker - SPD	
Frau Ramona Timm-Bergs - SPD	
Frau Hannelore Fischbach - CDU	
Herr Benjamin Tobias Fischer - CDU	
Frau Nele Keweloh - CDU	
Frau Corinna Niemann - CDU	
Herr Oliver Beuth - B90/GRÜNE	
Frau Ruth Sauerwein - B90/GRÜNE	
Frau Sabine Jochheim - HagenAktiv	
Herr Ingo Hentschel - Die Linke.	
Herr Jan Vesper - FDP	



Herr Martin Goege - AfD

Herr Denis Quadt - Piraten Hagen

Gez. Ramona Timm-Bergs
Vorsitzende

Gez. Mechthild Liley
Schriftführerin